

Erfolgreiche Getreidebeschaffung in der Sowjetunion

Starke Senkung der Lebensmittelpreise

Nach dem Moskauer Gebiet und der Tatarenischen Republik, die den Jahresplan der Getreidebeschaffung vorzeitig erfüllt haben, schenkt sich die sowjetische und das gesamte schwärzende Gebiet, sich dem erfolgreichen Abschluß der Getreidebeschaffung. Bedeutend erfolgreicher ist im vorjährigen Jahre ist der Verlauf der Getreidebeschaffung in Polen, in Polen und in einer Reihe anderer Gebiete des Raumes der Sowjetunion. Dies ist ein Ergebnis der sozialistischen Arbeit der Organisation dieser Gebiete und der sozialistisch-wirtschaftlichen Festigung der Kollektivwirtschaften des erfolgreichen Kampfes gegen das Kapital.

Eine große Rolle bei der Bekämpfung der Getreidebeschaffung in den obigen Gebieten spielt der Abschluß der Sowjetregierung, nach dem Moskauer Gebiet und der Tatarenischen Republik angehört, des erfolgreichen Abschlusses der Getreidebeschaffung gekommen ist, mit dem geplanten Termin das Getreide auf den freien Markt zu bringen.

Wie aus Moskau berichtet wird, ist infolge des obigen Abschlusses der Getreidebeschaffungsplan von den Kollektivwirtschaften baldmöglichst bereits überflüsst worden, und sie stehen gegenwärtig vor der Beschaffung des Staats für die Trübschaftszeit. Also, die Stadt Tataren, berichtet, daß der Abschluß des Rates der Getreidekommission über den Getreidehandel der Kollektivwirtschaften einen neuen Aufschwung des Handels der Kollektivwirtschaften bewirkt hat. Auf allen städtischen Märkten ist eine Seelenbildung zu verzeichnen. Die Kollektivwirtschaften und die Einzelhändler führen viel Getreide aus der neuen Ernte zu.

Die Preise für Roggengemüse sind logisch auf die Ernte gestiegen. Viele Kollektivwirtschaften haben einen weiten Wirkungskreis auf den Märkten organisiert. Zugleich ist die Zufuhr anderer landwirtschaftliche Produkte, wie Fleisch, Butter und Butter, erhöhtlich gestiegen, und die Butterpreise sind um 20 Prozent gestiegen.

Große Antikriegskundgebung in London

London, 11. Dezember. Im London-Südost fand eine große Kundgebung statt, die unter der Leitung des Kampfes gegen den imperialistischen Kriegseintritt einberufen worden war. In der Kundgebung, an der etwa 3000 Vertreter teilnahmen, sprachen die Genossen Gallacher und Duncan. Sie enthielten die Aufforderungen gegen die Sowjetunion und die Vorbereitung des Krieges auf den ersten Arbeitstag. Die begeisterte Masse schrie, den Kampf gegen die Kriegsherrschaft und zur Verteidigung der Sowjetunion.

Imperialistisches Rüstungskompromiß

Beschluss bleibt unangefochten — Der Rückzug des deutschen Imperialismus — Gegenläufige der imperialistischen Räuber nicht bestellt — Verstärkung des Proletariats aller Nationen gegen Versailles und Kriegseröffnung!

Genf, 12. Dezember. Die Rüstungskonferenz ist zu Ende. Die Vertreter der imperialistischen Staaten haben eine Kompromißformel angenommen, die das Versailler System unangefochten lässt und einen glatten Rückzug des deutschen Imperialismus vor den Versailler Mächten bedeutet. In dieser Formel wird gezeigt:

1. Die Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens erklären, daß einer der Grundlagen der Überzeugungskonferenz darin besteht, Deutschland die Gleichberechtigung im Rahmen eines Systems der Sicherheit zu gewähren. Die Art und Weise der Ausweitung dieser Gleichberechtigung soll auf der Überzeugungskonferenz erörtert werden.
2. Deutschland nimmt wieder an der Überzeugungskonferenz teil.
3. Die vier Mächte erklären, daß die imperialistischen Streitfragen unter ihnen nicht mit Gewalt gelöst werden sollen; diese Erklärung soll eine weitere Erklärung der „Sicherheit“ folgen.
4. In diesem Punkt wird die geradezu erschütternde Mitteilung gemacht, daß die Überzeugungskonferenz eine Abstimmung der Räuber zum Ziel hat.

Dieses imperialistische Kompromiß der Genfer Rüstungskonferenz verbirgt nur schlecht die Gegenseite unter den imperialistischen Staaten, die durch dieses Kompromiß weder befriedigt noch abgewichelt sind. Man versucht, den offenen Zusammenprall dieser Gegenseite vorsichtig zu verhindern, die Ablösungskomödie noch für einige Zeit zu retten.

Um auffallendsten ist der vollständige Rückzug, den der deutsche Imperialismus angetreten hat. Von den Fortbewegungen des deutschen Imperialismus in dem Rüstungsmemorandum des deutschen Imperialismus in die Überzeugungskonferenz zurück. Wo gebildet. Auf den Anhören vor den Versailler Mächten steht der deutsche Imperialismus in die Überzeugungskonferenz zurück. Wo sind die letzten Erfahrungen geblieben, daß Deutschland nicht eher nach Genf zurückgehen werde, bevor nicht von allen am Versailler Vertrag beteiligten Mächten erklärt wird, daß als Vorausezung der künftigen Verhandlungen der Überzeugungskonferenz nicht nur die theoretische, sondern die praktische Gleichberechtigung Deutschlands in der Rüstungskonferenz anerkannt wird? Der französische Imperialismus hat das Versailler System, dieses Bündnis seiner Vormachtstellung, erfolgreich verteidigt. Nur im Rahmen dieses Versailler Systems, d. h. unter Führung des französischen Imperialismus, sollen der deutsche Bourgeoisie in fernster Zukunft einiges gelingen.

Zukunft einige Konzessionen in der Rüstungskonferenz zugestanden werden.

Die Übereinkunft der imperialistischen Mächte in Genf hat die Versailler Räuber nicht gelockt, sondern führt nur noch darüber Ausweitung des deutschen wirtschaftlichen Volkes an die Versailler Mächte, erhält die wirkende Umstimmung des Versailler Maßvertrages, die Gefahr der Eingliederung des deutschen Imperialismus in ein antikommunistisches Kriegsbindnis unter Führung Frankreichs und Englands. Das Genfer Abkommen wird niemals zur Ablösung führen, die unvermeidbar ist mit dem Existenz des Imperialismus überhaupt, sondern wird eine Welle des Wettbewerbs einleiten, die zum neuen imperialistischen Krieg führt. Dem Abkommen der imperialistischen Mächte in Genf helfen wir Kommunisten entgegen das Bündnis der deutschen, französischen, englischen, italienischen und amerikanischen Arbeiters zum Kampf für die Vernichtung aller imperialistischen Räuberträge, gegen die Kriegseröffnungen, für die Verstärkung der Proletarier aller Nationen.

Zuspaltung Jugoslawien—Italien

Tagung der Mächte der kleinen Entente
Belgrad, 12. Dezember. Von 14. bis 16. Dezember wird in Belgrad eine außerordentliche Konferenz der sogenannten kleinen Entente zusammengetreten. Diese Tagung der französischen Verbündeten — es handelt sich um die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien — will sich in erster Linie mit der Zuspaltung der Gegenseite zwischen Italien und Jugoslawien und Rumänien und Ungarn beschäftigen, ferner mit den Bildungen des italienischen Imperialismus, einem Block der Donaumächte unter seiner Führung als Gegengewicht gegen den französischen Imperialismus zu schaffen.

Die Einberufung dieser Tagung unterstreicht nur die gesuchte Zuspaltung, die die Gegenseite zwischen Italien und Jugoslawien in den letzten Wochen erfahren haben. Es vergeht fast ein Tag, wo nicht auf beiden Seiten der Grenze nationalistische Kundgebungen veranstaltet werden, und die jugoslawische Presse behauptet sogar, daß die Italiener in Triest ein Bataillon Südwärtiger Außändlicher organisiert habe, das dazu bestimmt ist, im Frühjahr nächsten Jahres in Südlawien einzumarschieren. So ist die ganze Welt voll von Spannungen, deren Entwicklung zum neuen imperialistischen Weltkrieg führen muß, wenn das Proletariat durch seinen Kampf nicht diese Katastrophe verhindert.

USA. lehnen die Bedingungen der Schuldenmächte ab

London, 12. Dezember. In London-Südost fand eine große in den letzten 24 Stunden eine erneute Verschärfung der imperialistischen Gegenseite eingetreten. Die englische Regierung hat eine Note an die Vereinigten Staaten gefasst, in der erklärt wird, daß die Zahlung der Kriegsschäden am 15. Dezember an die USA abgestimmt wird, daß die Vereinigten Staaten nicht als eine Wiederaufnahme der Jahreszahlungen gemäß den bestehenden Abmachungen betrachtet werden soll, sondern daß sich die Vereinigten Staaten jetzt schon mit einer Revision dieser Abmachungen einverstanden erklären. Die gleichen Bedingungen will auch die französische Regierung an die Delegationszahlung knüpfen.

Die amerikanische Regierung hat sofort darauf reagiert, indem sie die Bedingungen der Schuldenmächte entschieden ablehnt. Der amerikanische Außenminister Stimson hat wissen lassen, daß die amerikanische Regierung die Annahme der Zahlungen unter den von den Schuldenmächten festgelegten Bedingungen verweigert. Die amerikanische Regierung besteht auf Einhaltung der alten Schuldenabkommen.

Zia Bajischa ließ mich allein weitergehen und begann sie aufzuzählen.

Gleichzeitig bewegte sich vom Bärenplatz eine Demonstration der Schwarzen Hundertschaft, die es verachtete, der Waffe den Weg zu den Barricaden zu versperren. Sie wurde aber sehr bald von den Kämpfern ausgerückt und getrieben. Ihr Führer, der Kaufmann Leonidow, der die Fahne der Schwarzen Hundertschaft trug, wurde getötet.

Auf dem Bajowitschi-Platz vereinigten sich die Arbeiter mit den Studenten, die schon in aller Eile mit dem Bau der Barricaden begonnen hatten. Ein Teil der Arbeiter half beim Bauen, der andere drang in die Waffengeschäfte „Sport“ auf dem Bajowitschi-Platz und „Jug“ auf dem Moskowitschi-Platz ein.

Als ich mich mit Zia Bajischa zusammen der Universität näherte, sah ich unter den Studenten wirkliche Arbeiter, die Telegraphenlangen umstürzten, das Pfosten aufzissen, Gruben gruben und Barricaden bauten.

Sowohl auf dem Bajowitschi-Platz, wie auch auf der Universitätstraße waren die Bürgersteige und Gehäuse mit Tapeten bedekt, das waren Polizei- und Gerichtsäste aus dem Archiv der Gouvernementsregierung.

Es fiel mir auf, daß die Mehrheit der Arbeiter, die noch der Versammlung beigetreten waren, keine Waffe hatte, was eigentlich vorgesehen war. Sie kamen an die Barricaden heran und riefen an die Männer, die Schuhgruben gruben und Grubwände aufwarfen, immer wieder die gleiche Frage:

„Was macht ihr? Woher zieht ihr diese Waffen?...“

„Wir bauen Barricaden, Genossen. Wir bereiten uns zum Kampf vor.“

Alles sprach dafür, daß die Bewegung spannend wurde. In den Versammlungen wurde täglich über die Herbeiführung des bewaffneten Aufstandes gesprochen, über die Rotarmie, die endlich zu erheben, über die Barricaden, auf denen die Arbeiter der Partei Rotarbeiter während der großen französischen Revolution gekämpft hatten. Die Röfung des „Bewaffneten Aufstandes“, die von Lenin, im Namen unserer Partei in die Massen gesetzten, die täglich in Meetings, Massenversammlungen, in Straßen wiederholte wurde, der man in allen Provinzstädten, in allen Teilen des illegalen Zeitungen begegnete, was das, was nun politologische Bedeutung nimmt.

(Fortsetzung folgt)

Hände weg von Persien!

Unsere englische Bruderpartei ruft zum Kampf gegen Kriegspläne des englischen Imperialismus

London, 11. Dezember. Die kriegerischen Vorstöße des englischen Imperialismus gegen Persien im Zusammenhang mit der Anerkennung des persischen Neutralitätsvertrages nehmen immer gefährlichere Formen an. Während die englische Sozialdemokratische Arbeiterpartei offen die imperialistische Interventionenpropaganda gegen Persien unterstützt, ruft die Kommunistische Partei England die Arbeiterschaft zum entschiedenen Kampf gegen die imperialistischen Kriegspläne des englischen Bourgeoisie auf. Das Organ der Kommunistischen Partei Großbritanniens, der „Daily Worker“, fordert unter der Überschrift „Hände weg von Persien“ u. a. folgendes:

„Die Regierung hat ein Ultimatum an Persien gesetzt. Britische Kriegsschiffe liegen im persischen Hafen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß dieses Ultimatum die Anwendung bewaffneter Gewalt androht. Es kreist notwendig zu Kriegsmaßnahmen und vergrößert die Gefahr des imperialistischen Krieges.“

4. Skriptowalon:

ILLEGAL

Ein alter Bolzhevik erzählt aus seinem Leben

6. Fortsetzung

Der Waschtschenkow-Platz

Der Majdanewitsch-Platz war ganz rot von den vielen toten Fahnen, über den, in aller Eile aus alten Betttern, Tüchern und ähnlichen Material zusammengezimmerten Tribünen. Die bolschewistischen Redner riefen zum Boykott der Duma auf, zum bewaffneten Aufstand, zur Niederwerfung des Zarismus. Die Massen summten wie ein Bienenschwarm. Auf den in den Platz mündenden Straßen lag ein einziger Kurwagen. Elegant gekleidete Damen betrachteten, in den Wagen steigen, das für sie seltsame interessante Bild.

Ich bemerkte in der Masse, noch bevor ich den Mittelpunkt des Platzes erreichte, eine wachsende Unruhe. Rufe erklangen:

„In die Stadt, Genossen! In die Stadt! Zeigen wir ihnen, wie stark wir sind!“

Die Masse legte sich, wie ein einheitliches, von demselben Gedanken durchdrungenes Ganze, in Bewegung. An die Spitze gingen, mitgerissen durch die Stimmung, bewegte sich mich der Stadt zu. Ich sah mich um und erblickte eine Staubwolke. Eine Unzahl von rasch laufenden Menschen, welche diese Staubwolke auf, die unter den Straßen der untergehenden Sonne golden glänzte.

„Soldaten, Soldaten!“ schrie plötzlich jemand in den ersten Reihen.

„Schreie, Rufe, Brüllen, in denen Jahrhundertelang aufgespeckter roher Nachdruck, Kampfwille zu hören war, erklangen von allen Seiten. Das Gesicht des jeden mit läuterndem Schrei des Hasses und Wutverzerrt. Er lärmte zu einem Jaun und rief einen schmutzigen Blödsinn heraus. Viele folgten seinem Beispiel und beschimpften sich mit Betttern, Steinen, Stöcken. Der nächste Schrei

der Massen, der Ruf, den Kampf aufzunehmen, wurde augenscheinlich von den Soldaten gehört und verstanden. Entsezen sprach. Sie rissen die Pferde an den Zügeln und machten kehrt. Während wir zusammen mit dem Schmied Pfähle aus dem Jaun rissen, kamen die revolutionären Massen in die Tschaterinoflawaja und auf den Bajowitschi-Platz. Sie drängte in das Waffengehülf von Tschernopolski ein. In einigen Augenblicken waren die Waffen verteilt. Die Soldaten waren inzwischen bis zum Universitätskübel geloppiert, holten sich Verstärkung, ritten zurück und eröffneten ein wildes Feuer längs der ganzen Tschaterinoflawaja. Die Soldaten brachten. Die Masse flüchtete in wilder Panik. Inzwischen war es Abend geworden. In der Finsternis verlor die Masse vollständig die Orientierung. Viele Schwer- und Leichtgewehre waren Opfer dieses Zusammenstoßes. Auf der Tschaterinoflawaja lagen, als Rest der in aller Eile aufgebauten Befestigungen, umgeworfene Waggons der Viehherden, hinter deren Schutz unsere Genossen die Waffen in die Hand bekommen hatten, versuchten, die Angreifer zu bekämpfen.

„Auf die Barricaden!“

Um nächsten Tag, am 11. Oktober, bot der Platz vor der Zentralmairie denselben Anblick wie gestern der Majdanewitsch-Platz. Die weiße Masse vor der Fabrik wimmelt von Menschen. Noch mehr tote Fahnen als gestern wehten über der Masse. Die Redner hatten schon vom frühen Morgen an die Röfung gegeben: „Niederwerfung der Selbstherrschaft!“ Die revolutionäre Stimmung, die Erregung der Massen wuchs von Stunde zu Stunde. In den Mittagsstunden vertrieb sie das Gericht, das in der Stadt, in der Nähe des Universitätskübels, Barricaden gebaut werden.

„In die Stadt, Genossen!“ erklang laut Rufe, „auf die Barricaden!“

Ich geriet mitten in die Masse und ließ mich mit. Ich.

„Raum! Raum!“ erklang plötzlich eine mir bekannte Stimme.

Das war Tschurtschba, der ich in Odessa begegnet und die in Chariton unter dem Namen Zia Bajischa bekannt war.

Zia Bajischa arbeitete als Propagandist in Chariton. Wie gingen zusammen weiter. Unterwegs schlossen sich uns Arbeiterinnen aus der Seilschiff an, die sich in der Umgebung Charitons befanden.

„Was ist los?“ wunderten sie sich an mir. „Wohin gehen denn alle?“

RUNDFUNK

Donnerstag, den 15. Dezember:

Königswartehausen: 8.15 Gymnastik, 8.30 Wetter, Anschl. bis 8.00 Konzert aus Leipzig, 10.00 Nachrichten, 11.15 „Ballermann“ (Schallplatten), 11.00 Konzert aus Berlin, 16.30 Konzert aus Berlin, 19.30 Konzert aus Leipzig, 20.30 „Spield vom Sonnenstuhl“, 21.30 Weihnachtliche Adventsfeier, 22.15 Wetter, Preise, Anschl. bis 24.00 Tanzmusik aus Hamburg.

Leipzig: 8.15 Gymnastik, 8.35–8.15 Stuhlkonzert, 9.40 Wirtschaft, Wetter, Wetterbericht, Bericht, Programm, Preise, 12.00 Blasfestival (Schallplatten), 14.00 Filmberichte, 16.00 Konzert, 18.00 Hymnusum: Was sind Blutgruppen? 19.05 Erna Lemke und die Horst, 19.30 Gewandhauskonzert, 21.30 Von Norden, Schelmen und ernsthaften Leuten, 22.20 Nachrichten.

Meetau, Komintern: 20.00 Wohnturmhau und Brieffallen (deutsch).

1 Der Weg zum Kunden 1

Versicherungszeitschriften!

sowie alle andere Lektüre liefert pünktlich und billigst

Buchhandlung A. E. Käuller

Dresden-A., Lützowstraße 16 plr., Fernsprecher: 16486

Lebensmittel-Geschenk

Kurt Köhnel

1511 Ammendorf 41

Schuh-Reparatur von

AM. Stöckel, Georgallee 14

1512

Uebigau

Alfred Mengst

Qualitäts-Bäckwaren

Trockenheringe

Kleinst-Schänke

Arbeiterverkaufsstelle

1513 Hans-Sachs-Straße 14

Dresden-LOHHAU

A Tempo

mit. Schmiede, Betrieb 1512

Freiburger Str. 19

SCHMELZER

1514

Ziegelstrapezi

Pirna

Otto Wehner

1515 Fleisch- u. Wurstwaren

Topfstraße 2

Reserviert 8549

Arthur Mähnert

Wurstwaren 1516

Likörfabrik - Weinhandlung

Lebensmittel

Kurt Behr, Holz- u. Kobiladig,

Art.-Kaserne

1517

Freitag, den 16. Dezember:

Königswartehausen: 8.15 Gymnastik, Anschl. bis 8.00 Konzert aus Berlin, 10.00 Nachrichten, 12.00 Wetter, Anschl. Schallatzen, 14.00 Konzert aus Berlin, 16.30 Konzert aus Leipzig, 20.00 Konzert aus Dresden, 21.10 Hörspiel aus Frankfurt, 22.20 Wetter, Presse, Danach bis 24.00 Abendunterhaltung aus Berlin.

Leipzig: 8.15 Gymnastik, 8.35–8.15 Stuhlkonzert, 9.40 Wirtschaft, Wetter, Wetterbericht, Bericht, Programm, Presse, 12.00 Konzert, 16.30 Konzert, 18.00 „Stille-Nacht“, 19.30 Tanzmusik, 20.15 Beethoven, 22.15 Nachrichten, Anschl. bis 24.00 Orchester-

konzert.

Meetau, Komintern: 20.00 Literaturabend (deutsch).

Zur Weihnachtsbäckerei

empfehlen wir

II. Weizenmehl	Plund 0,10 Mark
II. Weizengehl, 8/66, Zitronene 5 Plund-Beutel	1,10
II. 8/66-Weizengehl (aus im. Weizen)	Plund 0,24
II. 8/66-Weizengehl im. 5 Pld. Tafel-Beutel	1,38
II. Käferauszug, 12 Qual., glatt u. griffig Plund 0,28	"
Sultania . . . Plund 0,70, 0,60, 0,50, 0,41 und 0,32	"
Korinthen . . . Plund 0,52	"
Mandeln, süß und bitter . . . Plund 0,20	"
Mandeln, bruch- und salzfrei, süß . . . Plund 0,12	"
Mandeln, bruch- und salzfrei, bitter . . . Plund 0,16	"
Mandeln, handgem. Reisen, süß u. bitter . . . Plund 1,10	"
Margarine Plund 0,80, 0,63, 0,48, 0,40, 0,36 und 0,33	"
Butter, feinig, Qualität . . . Plund 1,58	"
Younis (geläutertes Kinderfett) . . . Plund 0,80	"
Schmalzmargarine . . . Plund 0,74	"

Die Bäckerei in besten Qualitäten zu günstigen Preisen

Konsumverein Meißen eGmbH.

Warenabgabe nur an Mitglieder

Geschäftseröffnung!

Den geehrten Einwohnern von Pirna und Umgebung zur Kenntnis, daß ich mein

Feinkost - Lebensmittel - Geschäft

Sennmarkstr. 2, am Sonnabend, dem 10. Dez.

eröffne habe. Mein Bestreben: reell, qual

und billig!

3 Prozent Edeka

Um größtmöglichen Zuspruch bitte!

G. Ester

Meissner Straße 11, 1. Stock

Telefon 10-5200, Wandschlag

15-Neubaustrasse, Markt, Kleider

10-12, Tel. 5200, Kleider, Schuh

15-Neubaustrasse, Markt, Kleider, Schuh

Das Stadtparlament tagt

Die Hungernden melden ihre Forderungen an

Reaktionäre Einheitsfront von der SDD bis zu den Nazis gegen Winterhilfshilfe für die Erwerbslosen. SDD-Kirchhof am Branger. Pflichtarbeiter streiken gegen Hungerpennige. Verstärkt den außerparlamentarischen Massenkampf!

Gestern brachten es die Sozialdemokraten im Dresdner Stadtparlamentkollegium fertig, alle Anträge, die von den Räumen der burgerlichen Fraktionen einstimmiglich der Nationalsozialisten abgewichen und zu verhindern. Die beiden hatten ein Kommando von etwa 20 Reichsbannerleuten auf die Tribüne dirigiert, um die Stimme des revolutionären Proletariats zu unterdrücken. Als von der Genossin Gansauge das arbeiterfreundliche Verhalten des SDD-Fürsorgebeamten Kirchhof feierlich wurde, infizierte die Burschen unten im Sitzungssaal einen Tanz und Stand, der heimlich in eine Schlägerei ausartete. Die Reichsbannerleute auf der Tribüne verhielten sich indessen ruhig. Die Sitzung wurde vorübergehend unterbrochen. Mit gemeinsamen Worten und höhnischen Reden legte man sich über die Not der Erwerbslosen einfach hinweg. Alle sprachen der kommunistischen Fraktion, die Forderungen der Erwerbslosen zu behandeln, wurden in Einheitsfront von der NSDAP bis zur SPD abgelehnt. Darunter fallen auch die Kohlen-, Lebensmittel- und Geldbeihilfen. Jetzt gilt es für die Erwerbslosen, ihren berechtigten Forderungen den nötigen außerparlamentarischen Nachdruck zu verleihen. Nach der heutigen Einheitsfrontaktion gegen den bestehenden reaktionären Rat zu marschieren. Das Parlament kann nur die Tribüne und das Sprechrecht für die wertvollsten Massen sein. Die organisierte Kraft und Stärke der Bewegung liegt auf den Straßen und in den Betrieben!

Am Eingang der Sitzung steht die Debatte über den Verlauf der Vorräte an den Sonntagen vor Weihnachten. Selbstverständlich schien wie es ab, eine solche Arbeitsbelastung der Arbeiter zu billigen. Die Arbeitsleistung an den Sonntagen ist nicht einmal begründet, weil ja der Warenumsatz an den Tagen, wie amlich festgestellt wurde, nicht wesentlich geändert ist.

Die Erwerbslosen fordern:

Von der kommunistischen Fraktion liegt folgender Dringlichkeitsantrag vor:

Kollegium wolle beschließen, den Rat zu erläutern, folgende Maßnahmen durchzuführen:

- 1) Übernahme der Räume aller Unterstützungsanstalten Dresden durch die Stadtverwaltung ohne jeden Abzug von der Unterstützung;
- 2) die Winterhilfsforderungen der Erwerbslosen über den Antrag des Stabos Dr. Freud hinaus zu erhöhen auf drei Centner Kohlen, unentgeltlich, sofortige Belieferung der Erwerbslosen mit Lebensmitteln und warmer Unterkunft;
- 3) Billigung einer Krisenhilfe an die Erwerbslosen in Höhe von mindestens 30 Mark.

Dieser Antrag, den die Dresdner Erwerbslosen durch die kommunistische Fraktion stellen ließen, wurde von keiner Partei unterstützt. Eine Einheitsfront von den Nationalsozialisten bis zur SPD verhinderte die Behandlung. Durchsetzen dieser hungernden und frierenden Armen der Stadt können. Für die Erwerbslosen war das ein glänzender Erfolg, der ihnen zeigen durfte, wie abhängig die Knechte der Interessen der herrschenden Klasse sind. Im weiteren Verlauf der Sitzung spricht man noch vom Hitler-Jugendtag in Döbeln, wo sehr viel Kinder und Jugendliche schwer erkrankt. Besonders schwer fällt dabei ins Gewicht, dass Jugendliche in homo-eruelle Beziehungen der „Pg.“ hineingezeugt werden. Jugendtag des Kommunistischen Jugendverbands erlaubt man oder man schlägt sie mit Gummiknüppeln zusammen.

Dabei ist immethin bemerkenswert, dass es sozialdemokratische Polizeiprääsidenten waren, die in den meisten Fällen die kommunistischen hinterher, einen Jugendtag durchführten. Ein Antrag der Sozialdemokraten will den Verwaltungsrat Döbeln erläutern. Der Fürsorgeunterstützungsemplänger des Stabos zu gewähren. Dazu wird vom Genossen Schneider erläutert. Es ist unmöglich, dass die Wohlfahrtsanstalten und Kinder auf Grund ihrer täglichen Unterstützung genügend Baumaterial kaufen können. Man muss von einem Städtebau verlangen, dass es ohne Verbrauch arbeitet. Und dann der Zentner Rats heute noch 1,50 Mark kostet, dann kommt mit, dass er an die frierenden Erwerbslosen unentgeltlich verteilen wird. Die Grubenherren des Zecheverbandes geben ihren Zeitungen bekannt, dass 10 000 Tonnen Kohle auf jedem des Ruhrgebietes liegen. Es kommt darauf an, die Erwerbslosen auf diesen Überfluss aufmerksam zu machen und die Verteilung dieser Vorräte zu kämpfen. Die Forderung der SPD wird von allen Fraktionen abgelehnt.

Von der Genossin Gansauge wird folgender Antrag verurteilt:

Kollegium wolle beschließen, den Rat zu erläutern, die Maßnahme, wonach Eltern in den Volksküchen nur von 11.00 bis 14.30 Uhr verabreicht werden darf, sofort wieder rückgängig machen.

Diese Maßnahme des sozialdemokratischen „Wohlfahrtsministeriums“ Kirchhof nimmt den Erwerbslosen die Möglichkeit, sich aber abends essen zu gehen, auch bekräftigt er die Auflösung in den geheimgesuchten Räumen. Der Elternstreit der Erwerbslosen wurde mit dem Einsetz der Polizei beantwortet und abends musste das verdorbene Essen weggeworfen werden. Diese Herrschaften geht es ja darum, die Wohlfahrt-

erwerbslosen fortwährend zu isolieren. Den Erwerbslosen ist nicht damit geholfen, dass die Frau des Chefs Kühl Leckende in ihrer Wohnung abhält und „Winterhilfe“ nimmt. Die Genossin Gansauge zeigt dem Kollegium eine von Müttern verstellte Note, die durch die Winterhilfe zur Verteilung gelangte.

SDD-Kirchhof spricht vom Missbrauch, der mit den Elternmutter getrieben wurde.

Was ist jedenfalls nichts bekannt, dass auch Eltern in der Volksküche ihr Essen holen; es sind immer nur die Vermieter und die können mit ihren paar Elternmutter keinen Missbrauch treiben. Während der Rede der Genossin Gansauge deutet und lobt die Rechte sowie die Sozialdemokraten und beweist untreue Genossin nieder. Als diese Diskussionsanfälle anhalten, muss die

Sitzung vorübergehend geschlossen werden. Der Antrag wird von den Nazis bis zur SPD abgelehnt.

Einen sozialdemokratischen Antrag nimmt der Genossin Kruh zum Anlass zu fordern, dass allen Arbeiterunterstützungsemplägern, deren Sohn tiefer als der des Fürsorgebedarfssiegels liegt, den Differenzbetrag durch das Fürsorgeamt zu gewähren. Diese Forderung wird durch die gleiche Einheitsfront abgelehnt.

Streit der Wohlfahrtsarbeiter

Genoss Schneider spricht noch vom Streit der Wohlfahrtsarbeiter in Zschertwitz und auf der Bürgerwiese. Diese Wohlfahrtsarbeiter sollen wie Kulis für 1 Mark pro Woche ihre Arbeit leisten. Gegen solche Maßnahmen des Wohlfahrtsamtes kann nur mit Streit geantwortet werden. Wir fordern, dass die Kürzung von 5 auf 1 Mark sofort rückgängig gemacht wird und dass Maßregelungen der lärmenden Wohlfahrtsarbeiter zu unterlassen sind. Wir befürchten es, dass die Arbeiter ohne Unterschied der Partei in den Streik getreten sind und ihren Forderungen somit willkürlich Nachdruck verleihen. Unter Acht aber bleibt: Zahlung der Tariflöhne auch für Wohlfahrtsarbeiter.

Obwohl noch ein kommunistischer Dringlichkeitsantrag steht, beschließt das Kollegium Schluss der Sitzung. Nach viele Sitzungen siegt treifend, dass es diesen Herrschaften nicht darauf ankommt, den Erwerbslosen zu helfen und die Not des Winters zu überwinden, sondern vielmehr darauf, dass ganze moralische System nach solange als möglich zu halten.

Tragödie einer jungen Mutter

Vom Unternehmer in hochschwangerem Zustande auf die Straße geworfen. Im Straßengraben ein Kind geboren. Das Kind tot. Zwei Jahre Gefängnis wegen „Kinderbestrafung“. Das ist das traurige Schicksal einer jugendlichen Landarbeiterin. Dieser tragische Lebensabschnitt im blühenden Alter einer jungen Proletarientochter tolte am Freitag vor dem Dresdner Schwurgericht ab.

Angela ist die zwanzigjährige Landarbeiterin Anna Maria Holenka Jaslowicz aus Aletzowicze wegen Kinderbestrafung. Sie schilderte zunächst ihr Leben. In ärmlichen proletarischen Verhältnissen aufgewachsen, war sie schon frühzeitig auf die Arbeit angewiesen. Als Haus- und Feldmagd verdingte sie sich bei verschiedenen Bauern, um ihren Eltern nicht zur Last fallen zu müssen. Als sie schwanger wurde und der Bauer, bei dem sie gearbeitet, davor erfuhr, entließ er sie fristlos. In hochschwangerem Zustand lebte sie mit 50 Pfennig kurzhand auf die Straße!

Sie nimmt ihre Sachen und läuft zu Fuß nach Gauernitz. Unterwegs wird sie von Geburtsmädchen übertragen. In einem Graben gebartet sie ein Kind. Von törichten und feindseligen Quellen gepreist, schliefte sie sich mit ihrem Kind unter dem Arm weiter. Einmal, verlassen, keine Menschenleute, an die sie sich anlehnen konnte, 50 Pfennig in der Tasche! Verstört halb nachtklar vor Schmerzen läuft sie stundenlang, verdrückt sie sich in einem Waldloch vor den Menschen. Wie ein Tier hat sie ihr Kind geboren. Wie ein Tier säugt sie die darauf folgende Nacht im Walde. Endlich merkt sie, dass ihr Kind nicht mehr am Leben ist. Sie verbarrikadiert es in der Ecke. Dann läuft sie an die Straße!

Sie wählt sich und geht, eine neue Stellung zu suchen. Am nächsten Tage bereits tritt sie ihre schwere körperliche Arbeit wieder an. Gutes Proletarierinnenleben im kapitalistischen System. Bis zum Tage der Niederkunft arbeiten, am nächsten Tage weiterarbeiten!

Das Verhalten von Richter und Staatsanwalt ist empörerisch. Man spricht von Frauenspezial, von Pignorin. Der Richter hält keine Fragen im schwarzen, billigen Zone. Er knautzt die Augenbraue an, sie sollte nicht weinen, man könne doch da ihre Aussage hören.

„Er kann nicht verstehen! Es ist ja auch nur ein armes Proletarientöchterchen, das vor dem Richter steht. Bourgeoisämmchen kommen niemals in die Lage. Die können entweder in feudalen Gutshöfen oder aber — sie haben genügend Geld, dass kleine „Mädelchen“ von einem Arzt beobachtet zu lassen. Der Richter kommt deshalb niemals in die Verlegenheit, eine seiner eigenen Klassegenossinnen verurteilen zu müssen. Bei einem Proletenmädchen aber kann man es sich erlauben, den Stab bereits vor der Urteilstaufung über sie zu brechen.“

Der Staatsanwalt beantragt 2 Jahre 6 Monate Gefängnis. Das Gericht entscheidet auf 2 Jahre Gefängnis unter Berücksichtigung der Unterzuchthalft. Ein ungeheureliches Urteil, wenn man bedenkt, dass der Verlauf der Verhandlung nicht klar bestimmt war, dass sie das Kind leben vergraben hat.

Das ganze wäre nicht passiert, wenn auch in Deutschland, wie im Sowjetreich, ein wirklicher Schutz für Mutter und Kind beherrscht. 2 Monate vor und 2 Monate nach der Entbindung Schonzeit bei Weiterzahlung des vollen Gehalts! Das wird erst in einem sozialistischen Deutschland möglich sein!

„Branchenfundierte Toilettensfrauen und Lumpensortiererinnen gesucht!“

Wozu sich die kapitalistische Arbeitsvermittlung entwidelt hat, zeigt recht deutlich ein Vorfall vom letzten Dienstag. In der Abteilung für Fabrikarbeiterinnen wird nur „branchenfundierte“ vermittelt. Eine seit langem erwerbslose Jungarbeiterin hätte gern eine vorhandene Arbeitsgelegenheit in einem Metallbetrieb angenommen, um endlich von der „Pg.“ loszukommen. Sie wurde nicht vermittelt, da sie nicht „branchenfundierte“ war. Unmittelbar darauf wurden Toilettensfrauen und Lumpensortiererinnen gefunden. Die soeben abgewiesene Arbeiterin fragte: „Mögen die auch branchenfundierte sein?“ Prompt erfolgte die Antwort: „Natürlich!“ Wie vermittelte nur branchenfundierte Leute!“ Die Arbeiterin demerte hierauf unter allgemeiner Zustimmung, dass sie im Lumpensortiererinnen genug Branchenkenntnis habe, da sie seit langem nur noch Lumpen zum Anziehen habe. Darauf wurde der Beamte etwas leise nervös.

Interessant wäre nur noch, zu erfahren, ob die „branchenfundierte“ Lumpensortiererinnen zum Sortieren des Ergebnisses der Winterhilfssammlung gebraucht werden — oder ...

Zum Monat des proletarischen Bundes

Durch eine Flut von Notverordnungen, durch bauende Verbote von Zeitungen und Zeitschriften versucht die deutsche Bourgeoisie, dem Proletariat den Mund zu verschließen.

Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen waren in Deutschland aus das gelebte Wort, wollen es leben. In Millionen muss es herangebracht werden, damit sie noch überzeugter für den Sozialismus eintreten, damit sie sich noch leichter mit den kämpfenden Vorhut ihrer Klasse verbünden fühlen.

Der Monat Dezember ist der Monat des proletarischen Bundes, der alljährlichen Offensive für unsere proletarische Literatur. An zwei Richtungen müssen wir sie unterführen:

Einsmal, indem wir die Kampagne für den Monat des proletarischen Buches fürstern noch als im vorigen Jahre organisatorisch unterstützen. In allen Versammlungen, in allen Organisationen muss für das proletarische Buch geworben werden. Starke Propagierung überall dort, wo Arbeiter sind.

Zweitens, indem wir vor der proletarischen Oeffentlichkeit selbstkritisch zu unserer Literatur Stellung nehmen.

Von den Kämpfern und Leidern der Arbeiter aller Länder erzählt in melioristischer Form der Internationale Roman.

Gute politische Werke, wie die Elementarbücher des Kommunismus, Kommunist, Die Gewerkschaften, Berlin: Augustinus Werke, vermittelten dem Proletarier das notwendige Wissen, was er in den Kampf richtig zu führen.

In dieser Stelle werden wir täglich berichten über unsere proletarischen Bücher. Mögen sie die zeitige Verarbeitung finden!

„Wir sind freie Männer . . . !“

Nachdem die gesamte nationalsozialistische Presse eine Woche lang Differenzen innerhalb der Regierung austrug als Legende, kann der Freiheitskampf vom Sonntag doch nicht umhin, den Kreis im Regierungskreis zu prägen. Gleichzeitig besteht er den Nazihängern: Maul halten! Hauden zahlen! Es ist höchst witzig!

„Wir stehen nicht an, offen und ehrlich zu erklären, dass der Urlaub nun zu Pg. Gregor Girscher gewisse schwere Differenzen zur Weisheit hat. Damit ist aber für seinen Nationalsozialisten auch eine Legende der Kreis gegen über, innerhalb der Bewegung von sich aus eigene Stellungnahme einzunehmen, sowohl ... ehrliche Weisheit zu wählen.“

Gleichzeitig aber schreibt zur Bezeichnung der meistenden SED-Proleten, die sich diese Stellungnahme nicht gefallen lassen, Freiheitskampf einen, den obigen Zitat völlig widerprechenden Satzen:

„Wir Nationalsozialisten sind freie Männer und — mögen die anderen darüber lächeln — als solche in der Regel innerhalb unserer Bewegung bei volliger Anerkennung der Autorität des Führers aus die eigene Meinung ganz lustig zu bringen.“

Das letzte Zitat spiegelt die Angst wider, die man innerhalb der Regierung vor den meistenden Nazis hat. Die SED-Proleten aber werden dieser Angst vor Kapitalistischen, die sie zu bestechen das kapitalistischen Systems wissenden Männern folgen und sich einschließen in die neue Klassengrenze.

Nazi-Landwirtschaftskammer beschließt:

„Freiwillige“ Zwangsgenossenschaft zur Milchproduktion

Berüchtigter Bauernfeind und Großgrundbesitzer zum Kammerpräsidenten gewählt

Die Nazimehrheit in der jüdischen Landwirtschaftskammer hat einen neuen faulen Anschlag gegen die jüdischen Bauern verübt. In der letzten Sitzung der Landwirtschaftskammer wurde das berüchtigte Oftalmokrat Richter aus Lautitz zum ersten Vorsitzenden der Kammer gewählt. Er ist ein Kriegsgefallener, der im Kriege Rittergutsbesitzer wurde, nachdem er vorher Gutsinspektor war. Er hat auf Seiten der Kleinen und Mittelbauern sich „emporgearbeitet“. Richter ist Mitglied der berüchtigten „Eindringlingskommission“ zur Festlegung der Einheitswerte, der den Kleinen und Mittelbauern schon 1929 gewaltige Steuerlasten aufdrückte. Dass er aber für sich 75 Mark Tagessalder, Richter ist einer der Einzelneid des Kinderzuchters und arbeitet seit 1925 schon an die Monopolisierung der „echten“ Milchwirtschaft hin. Die Bauern müssen die „Ausmarkt“, eine Umlage zur Finanzierung der Milchwangsgenossenschaften, aufzurichten, und jetzt hat die Landwirtschaftskammer beschlossen, es sollen befreiungsweise „freiwillige“ Genossenschaften geschaffen werden. Durch die von den dauerfeindlichen Nazis-Landwirtschaftskammer dictierten Richtlinien zum Reichswirtschaftsplan kann dann jeder Arbeitnehmer zum „freiwilligen“ Anschlag an die berüchtigten Milchgenossenschaften gezwungen werden.

Dann haben die Großgrundbesitzer und Banften — die eigent-

lichen Aktionäre und Angreicher dieser „freiwilligen“ Zwangsgenossenschaft — den wertvollen Bauer in der Hand und können ihm niedrige, dem Verbraucher aber hohe Milchpreise dictieren. Ist es einmal die „freiwillige“ Zwangsgenossenschaft in den Betrieben vorhanden, der Bauer diesem Monopol ausgeliefert, dann werden die Wolfsschäfe weiterbauen und im Landesmarkt die ganze Milchproduktion monopolisieren. Der Bauer muss dann die billige Milch liefern oder er hat keine Existenz, und die Arbeitnehmer müssen den wuchernden Monopolpreis bezahlen.

Das ist ein Teil des Plans, den schon der Herr Großbankier von Sollm in seinem Adolf Hitler's Freund, im Jahre 1928 entwarf und die Nazi-Landwirtschaftskammer bis jetzt den Landbündler Richter gewollt damit er diesen finanziellen Plan des Finanzkapitals in Sachen leitet.

Die Bauern haben schon im Jahre 1928 einmal erfolgreich Sturm gelauft gegen das verachtete Kinderzuchtnetz. Jetzt muss Varm im Dorf geholzen werden! Die organisierten Bauern im Bund schaffender Landwirte, die Bauernfronten klären die Bauernmassen über die Schläge, die ihnen vom Landbund und der Kapitalpartei verübt werden sollen, auf. Verrät sie auf und zeigt ihnen den Weg der Kampfbündnisse der Arbeiter und Bauern für ein freies sozialistisches Deutschland!

Braune Knechte des Landbundes

Seit der letzten Wahl zur Landwirtschaftskammer haben die Nazis in dieser die absolute Mehrheit. Vorher wurde die Kammer nur vom Landbund beherrscht. Den Nazis gelang es durch eine wütige, demagogische Agitation, die Kleinbauern für sich einzuhängen. Jetzt hatten sie Gelegenheit gehabt, ihre demagogischen Versprechungen in die Tat umzusetzen. Nichts von dem ist eingetreten. Die Nazis haben sich im Gegenteil sehr gut in das System eingepaßt. Die Not der Kleinbauern ist ihnen gleichgültig. Sie verkaufen diese erneut an den Landbund; anstatt Erleichterung, legen sie die Politik des Landbundes in verschärtem Tempo fort.

So haben sie die Mitgliedsbeiträge entgegen einer Senkung, die im übrigen Reich durchgeführt wurde, um über 100 Prozent für das Erbgeldrage erhöht.

Die kommunistische Landtagsfraktion zwang die Nazis,

Jahr zu bestehen

Sie hat folgenden Antrag eingeführt:

Der Vorstand der Landwirtschaftskammer beschloß in der am 26. Juli 1932 abgehaltenen Sitzung unter anderem auch, die Panzerwirtschaftsbeiträge nach der Einheitsbewertung vom 1. Januar 1931 für den Termin vom 1. September 1932 aufzunehmen zu lassen.

Umso die Einheitsbewertung des Reichspingenbetriebes um jetzt 9 Prozent nach dem ersten Einheitsbewertung gelenkt worden ist, sind demgegenüber die Einheitswerte im Erbgeldrage jetzt der ersten Einheitsbewertung nach dem Vergleichsbereich um über 100 Prozent erhöht worden.

Auch hier in den anderen Vergleichsbereichen, die kleinen Panzerwirtschaften in ihrem Einheitswert über die Veranlagung von 1929 erhöht worden. Es hätte doch dem Vorstand der Landwirtschaftskammer nicht unklug sein, dass gerade die Bergbauwirtschaft sowie die kleinen Bauern ihre Hauptaufnahmen aus der Veredelungproduktion tätigen.

Es steht fest, dass durch den Preiszugang der Veredelungprodukte diese Betriebe am härtesten getroffen werden. Die hohen Betriebs- sowie Autonomiestellen liegen die Veredelung dieser Kleinbauern in unerhöhtem Maße. Die Durchführung des Bedrängens des Vorstandes der Landwirtschaftskammer, die Einheitsbewertung 1932 zur Finanzierung der Landwirtschaftskammer durchzuführen, bedeutet für die betreuenden Beamten einen meisterlichen Schlag gegen die Freiheit dieser Bauern und ihrer Familien.

Die von der Landwirtschaftskammer durchgeföhnte Regelung der Beiträge erwies sich als eine stärkere Belästigung gerade der Kleinbauern, insbesondere der wertvollen Bauern des Erbgeldrages.

Wir beantragen deshalb, der Landtag wolle beschließen, die Regelung zu beauftragen:

- a) auf die Landwirtschaftskammer einzutwirken, die Beiträge in der Höhe nach der Beitragsreduktion von 1931 einzuschränken und um den prozentualen Beitragsztag des Reichspingenbetriebes noch zu senken;

- b) die schon gezahlten erhöhten Beiträge zurückzuzahlen und

2. Zwangsabhebungen der Beiträge zu verbieten.

Dresden, den 2. Dezember 1932.

Kenner und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion.

Die Kleinbauern können an dem Verhalten der Nazimehrheit in der Landwirtschaftskammer erkennen, daß sie von den Nazis nur belogen und betrogen worden sind. Jetzt heißt es Schluß zu machen mit diesen Betrügern und gemeinsam zu kämpfen.

„Erwerbslosenhilfe“ in Großröhrsdorf

Am Montag, dem 5. Dezember, fand die letzte Stadtverordnetenversammlung des alten Parlaments statt. Zur Behandlung standen etwa 15 Punkte. Die Tribünen waren sehr gut besucht. Die Anträge der Erwerbslosen, die gemeinsam mit der kommunistischen Fraktion eingebracht wurden, tollten unter den Fächern fallen.

Rund einigen belanglohen Punkten hielten beide der bürgerliche Stadtvorsteher, Herr Brüdner, welchem nun ohnehin seine Rat amtierte, den Antrag, die Punkte 13 und 14 in gesheimer Sitzung zu beraten. Die Punkte lauteten:

13. Heilung der Erwerbslosen und Unterstützung bestehender Unternehmer um Gewährung von unentgeltlichem Mittagstagslohn während der Wintermonate.

14. Am 1. Dezember 1932 eingegangene Gültige der Erwerbslosen um 1. Bereitstellung von Mitteln zur kostenlosen Abgabe von Kohlen, Holz, Kartoffeln, Schuh, Kleidung und Mittelgaben für alle hilfsbedürftigen. 2. Bewilligung einer Wintererbshilfe für alle hilfsbedürftigen. 3. Gründung einer Wärme- und Leistungsbude.

Gegen die Stimmen der Kommunisten und mit Hilfe der Sozialdemokraten wurden diese Anträge der gebenen Schuh überprüft. Die Knechte fürchten die Öffentlichkeit.

Die KPD-Fraktion verlangte die Ablegung der 30 Mark für das Diakonissenhaus in Dresden. Für die Zustandsbildung der Krankenhäuser soll sich der Staat einzulegen, nicht aber kapitalistische Gemeinden.

Der Baustoff & Wiederaufbauvertrag des durch Brand am 13. November zerstörten Dachstuhles am häufigsten Grundstück. Die Baubehördenkammer gewährt eine Schadensbegütigung von 1750 Mark. Der Beitrag von 1750 Mark genügte, um den Dachstuhl wieder zu reparieren. Also das Holz kann allen Dachstuhlen unter der Stadt gar nichts. Man sollte nun meinen, da die Gewerkschaften einen Antrag auf zur Verfügungstellung von Schadensholz gestellt hätten, die Stadtmüllte dieses

holz an Erwerbslose vertheilen. Aber weit gefehlt. Dieses Holz wurde noch an Erwerbslose verteilt, damit sie ihre leichten Hungergruben der Stadtmüllt geben sollten.

Alle Tribünenbesucher werden erkennen, daß nur die Kommunistische Partei den Kampf der Erwerbslosen führt. Nur die Großröhrsdorfer Arbeiterschaft erwidert die Fälsche. Roter als bisher in roter Einheitsfront zu marschieren. (RR 1014)

Christus in der Volkszeitung

Die Volkszeitung macht wieder einmal in „Vossie“ für die Volksfronte. Es scheint nicht anders, als Erwerbslose, die etwa 1000. So lädt die Volkszeitung einen Erwerbslosen folgendermaßen an:

„Sie kann nur Flüche in den Himmel senden und befehlen, kein Leben selbst zu beenden.“ Und einige Zeilen weiter heißt es:

„... an seinem Ende führt ein blauäugiges Kind und wartet auf den Christus, den Liebespender.“

Richt nach dem Himmel senden die Erwerbslose ihre Flüche, nein, viel eher schon deformiert, die ein gewisser SED-Altkämpfer als wohlhabender Fürstegesetzner der Stadt Dresden, zu hören. Vielleicht wartet das kleine Kind auch gar nicht auf Christus, den „Liebespender“ — sondern auf den Vater, der bei einer Demonstration gegen Hunger und Tod verbotet wurde. Aber das Kind kann immer ihre Waffen gewesen, Flüche vor den wirtschaftlichen Tatsachen, Denunziation gegen die revolutionäre Arbeiterschaft und gelegentlicher Aussieg in die „Vossie“. Sie wird weiter „scheißen“, die Volkszeitung. Sie wird weiter verleumden. Aber die Arbeitnehmer erkennen den langanhaltenden Weg des Vertrags der sozialdemokratischen Freiheit. Sie werden die notwendige Konsequenz ziehen und die revolutionäre Zeitung lezen.

Die KPD fordert Hilfe für Kleinbauern

Die Lage der Kleinbauern ist katastrophal. Wändungen sind an der Tagesordnung. Sie werden höchstens eingezogen. Dazu. Die Nazimehrheit in der Landwirtschaftskammer schreibt dazu. Die Osthilfe-Missionen kommen nur den Großgrundbesitzern zugute. Nazis, Landbündler und Deutschnationale sind ganz in der Ordnung. Nur die Kommunistische Partei nimmt sich der Not der armen, bedrückten Kleinbauern an. Sie hat im Landtag folgenden Antrag gestellt:

„Die Sachliche Regierung hat mit Rücksicht auf die heimliche Lage der Staatsfinanzen die Haushaltsschließung der Rückzahlung der der Gebietslandwirtschaft gegebenen Dinge, mittels Saatgut- und Umstellungsförderung und dem Erlös der Zinsen für das Jahr 1932 abgelehnt.“

Die Amtshauptmannschaften gehen gegen die wertvollen Bauern durch Androhung der Zwangsbeteiligung vor. Die heutige wirtschaftliche Lage gerade dieser kleinen Gehöfte bauen gebietet eine weitere Schaltung.

Der Landtag wolle deshalb beschließen, die Regierung zu beauftragen, die betreuenden Amtshauptmannschaften anzusegnen:

1. die Zwangsmagnanimiten gegen wertvollen Bauern, gegen Bezug 30 000 Mark Einheitswert nicht übersteigt nicht eingezogen oder, soweit schon eingezogen sind, einzustellen;

2. die Kredite für wertvollen Bauern bis zu einem Einheitswert von 10 000 Mark sind zu erlösen.

Bei Betrieben mit 11 000 Mark Einheitswert betrifft die Rückzahlung 5 Prozent. Für je weitere 1000 Mark Einheitswert erhöht sich die Rückzahlung um weitere 5 Prozent steigend bis zum Einheitswert von 20 000 Mark.

Dresden, den 2. Dezember 1932.

Kenner und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion.

Zur die Kleinbauern heißt es jetzt gemeinsam mit den Arbeitern, Angestellten und Kleingewerbetreibenden eine gemeinsame Front zu bilden zum Kampf gegen Hunger und Not. Kämpft mit der KPD für die Verbesserung eurer Lebenslage!



Los der Kleinbauern

So werden vom kapitalistischen System Kleinbauern vernichtet. Die leise Kuh wird in dem Stall geholt, weil der Staat keine Bielle rücksichtslos und brutal erträgt. Mit diesem Staat finanziert die herrschende Klasse ihre Weltkriege, Militär und ihre Betriebe, in denen Betriebsarbeiter hängen. Es gibt nur einen Ausweg aus der Krise, und das ist der revolutionäre Arbeiterschaft. Auch die Kleinbauern müssen sich einzethen in die Kampffront der roten Einheitsfront. Nur die Kommunistische Partei ist noch aufrecht, die anderen sind kaputt. Mit diesem Staat finanziert die herrschende Klasse ihre Weltkriege, Militär und ihre Betriebe, in denen Betriebsarbeiter hängen. Es gibt nur einen Ausweg aus der Krise, und das ist der revolutionäre Arbeiterschaft. Auch die Kleinbauern müssen sich einzethen in die Kampffront der roten Einheitsfront. Nur die Kommunistische Partei ist noch aufrecht, die anderen sind kaputt.

Los von Hitler!

„Drei Jahre mit verbundenen Augen in der NSDAP“

Partei ist die einzige revolutionäre Kraftfront gegen das heimende System.

„Drei Jahre mit verbundenen Augen in der NSDAP.“

Ich hatte kaum das 17. Lebensjahr erreicht, als ich zur Kameraden aufgefordert wurde, mit zur SA zu gehen. Ich dachte damals nichts dabei, mir gefiel das Egerzielen und die Uniform und ich rannte mit.

So habe ich ziemlich 3½ Jahre diesen Spaß mitgemacht. Später kam ich dann zur SS (Schutzstaffel) und fand eine Stelle höher. Mit politischer Schulung und über Fragen der Arbeiterschaft wurde nichts unternommen. Die meisten meiner Kameraden waren also blöd dabei, weil sie durch Arbeit und mühsame gehoben wurden. Politisch wusste keiner etwas, nur was „Treue-Stempel“ gebrüderlich geschritten und geschimpft wurde auf die Freiheiten. Jänner wieder konnte man lesen „Schlagt die rote Völker und müh das Ziel aller Ausbeuterlein!“

Eines Tages brach in Döbeln eine Schlägerei aus. Wir waren persönlich mit angehauen haben, wo bei Nacht drei Kameraden der KPD von uns überrollen wurden. Wir waren 20 Mann 25

Hier gingen mir die Augen auf, ich habe das für eine Schande hingestellt, man stellte mich als Spion hin und ließ mich nach einiger Zeit aus der Partei aus. Daraufhin wollte ich mich nicht mehr richten, zur Kommunistischen Partei als Gewerkschaftsmitglied. Nach 14 Tagen Auschlag aus der NSDAP verlor ich meine Stellung.

Da ich auf mich allein angewiesen bin, tuchte ich mir wieder Arbeit und ging als Fleißender. In Ebersbach befand ich wieder Bildung mit der SA und meine Erziehung machte weiter. Ich stellte fest, daß ich als Arbeiter nur die Interessen der Arbeiterschaft und nicht die Interessen einer bürgerlichen Partei vertreten habe. Vor kurzem berichtete man in allen sozialistischen Zeitungen über die Toten der SA. Aber daß die Zahl der kommunistischen Toten so hoch ist, daß man nirgends erfahren kann.

SA-Veteranen, nehmt auch am ehemaligen Kameraden Kenntnis! Schreiber ein Beispiel, der den Weg zur roten Armee land. Er hat recht gehandelt.

Mögen wir die Interessen der Arbeiterschaft, das ist die KPD. Rudolf Hechtel, Döbeln

Dieser Brief zeigt klar und deutlich, wie die Zukunft in der SA tatsächlich war. Es gibt nur Offizielle und solche, die deren Gesetze ausführen müssen. Das Denken in den Reihen der SA wird systematisch unterdrückt, überzeugend überzeugt, bis zur Schamlosigkeit. Dieser Brief zeigt klar und deutlich, wie die Zukunft in der SA tatsächlich war. Es gibt nur Offizielle und solche, die deren Gesetze ausführen müssen. Das Denken in den Reihen der SA wird systematisch unterdrückt, überzeugend überzeugt, bis zur Schamlosigkeit.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Angestellte bei Siemens-Glas zum Kampf bereit

Zarifvertragliche Bestimmungen sollen beseitigt werden. Gewerkschaftsbürokraten versuchen die geschaffene Einheitsfront der Angestellten zu zerstören.

Mit berichteten gestern, daß die Firma Siemens-Glas, Dresden, Einzelverträge mit den Angestellten abzuschließen beabsichtigt, in denen unter anderem auch untertarifliche Gehälter festgelegt werden sollen. Die Mitteilung an die Angestellten hat folgenden Wortlaut:

"Unsere Firma scheidet mit dem 31. Dezember 1932 aus dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie und damit aus dem Tarifvertrag der chemischen Industrie aus.

Wir beschließen ab 1. Januar 1933 an Stelle des Mantel tarifs der chemischen Industrie die anliegenden allgemeinen Bedingungen ihrem Ausstellungsvertrag zu Grunde zu legen. Wir nehmen Ihr Einverständnis mit vorbehoben an, wenn wir nicht bis 12. dieses Monats eine gegenteilige schriftliche Neuerung Ihres Tariftextes in Händen haben.

Urhaltungsbedingungen

1. Arbeitszeit
Die regelmäßige Arbeitszeit ohne Pausen beträgt 48 Stunden in der Woche. Überstunden können im Rahmen der geleglichen Bestimmungen von der Geschäftsleitung angeordnet werden.

2. Urlaub
Nach einjähriger Tätigkeit bei der Firma: bis zum 20. Lebensjahr 6 Arbeitstage, für jeden weiteren Tätigkeitsjahr 1 Arbeitstag mehr, bis zur Höchstdauer von 18 Arbeitstagen. Angestellte mit einfacher handwerklicher, bzw. technischer oder vorwiegend mechanischer Tätigkeit erhalten Zwischenurlaub dieses Urlaubs, mindestens aber 6 Tage. Für die Berechnung und Gültigkeit des Urlaubs ist der erste April jeden Jahres Stichtag.

3. Rundigung
Soweit nicht besondere Vereinbarungen getroffen sind, ob der Rundigungsschmäler für Angestellte Anwendung findet, gilt die monatliche Rundigung als vereinbart.

4. Bezahlung
Die Bezahlung erfolgt nach bestehender Vereinbarung. Für bereits bestehende Anstellungsverhältnisse wird das für Oktober 1932 gewählte Gehalt auf Grund gelegt. Ansprüche auf Bezahlung aus dem Angestelltenverhältnis erlöschen, wenn sie nicht binnen zwei Monaten nach Fälligkeit geltend gemacht werden. Eine etwa gewünschte Gratifikation ist freiwillig.

Dresden, den 9. Dezember
Atr. f. Glasindustrie vorw.
Friedr. Siemens
ges. Dr. Höchsting ges. Uhlig"

Mit diesem Vorstoß zur Befreiung der zarifvertraglichen Festimmanz macht die Firma ihre Drohung wahr, die sie schon im September ausgesprochen hat. Damals hatte die Firma den Betrieb unternommen, die Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche herabzuwenden, was einen Gehaltsabbau von 16% Prozent bedeutet hätte. Unter dem Druck der Drohung mit dem Austritt aus dem Unternehmerverband konnte sie dann ab 1. Oktober einen temporären Gehaltsabbau durchführen, nachdem sie versprochen hatte, keine Kurzarbeit einzuführen.

Auch dieses Versprechen wurde nicht gehalten. Schon zu Anfang dieses Monats mussten sich die Angestellten wiederum mit der Firma des Gehaltsabbaus durch Kurzarbeit befreiten. Von 66 Angestellten, von der geläufigen Belegschaft der Hauptverwaltung in Dresden, von Mitgliedern des Zentralverbandes der Angestellten, des Deutschen Handlungsgeschäftsvorbandes, des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, des Verbands der meistlichen Handels- und Büroangestellten und der unorganisierten Kollegen, wurde eine Kampfversammlung unterföhrt, die gegen die Einschränkung der vierzig-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich richtet und in der sich alle Angestellten verpflichten, jede Regelung, die die Angestellten neu belastet, mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Diese Erklärung gilt jetzt selbstverständlich auch gegen über dem Verlust der Beschlechterung aller tariflichen Bestimmungen.

Die Angestelltenverbände schließen von der Kampfversammlung eine Absicht, mit der Aufrufung, sich auf den Boden dieser Erklärung zu stellen, den Kampf zu organisieren und sich zu diesem Zweck sofort mit der gesamten organisierten und unorganisierten

Angestelltenfront in Verbindung zu setzen. Durch einen Auffall erhielten wir Kenntnis von dem Inhalt des Antwortschreibens des JdA. Darauf wird gezeigt, daß auch „Ihre Meinung nach eine Rützung der Tarifgehalter nicht in Frage läge“. Das ist alles. Dafür werden die JdA-Mitglieder geschafft, weil sie mit Unorganisierten zusammen eine Kampfversammlung unterführt haben, an denen doch Hopfen und Malz vertreten sei. Wörtlich steht es dann weiter:

„Die Unorganisierten in den Betrieben bedienen eine große Sache in der gegenwärtigen Zeit. Nach Süßmair sind natürlich die Unorganisierten außerhalb der Betriebe, die mahl- und planen sich um jeden Arbeitstag bemühen und bestreben sind, zu jeder Bedingung zu arbeiten. Gerade diese Gefahr müssen unsere Kollegen im Betriebe erkennen und darauf hinweisen, daß es unrichtig (1) in der heutigen Zeit ist, wenn man sich noch außerhalb der Gewerkschaft befindet.“

Bisletzt beprochen Sie einmal die Frage mit dem Kollegen Z. (Vertreter des DGB) und auch mit einem Vertreter des DGB, damit sich alle dafür einsetzen, daß die Kollegen sich organisiieren.

Freiheit Zentralverband der Angestellten ges. Seitz"

In dem Betrieb stellen die Angestellten die Einheitsfront zum Kampf gegen die Beschlechterung der tariflichen Bestimmungen her und die Bonzen vom JdA haben auf die Aufforderung den Kampf zu unterdrücken, keine andere Antwort, als eine unverhältnismäßige Dagegen die Unorganisierten. Sie versetzen dabei den bewußten Zweck, die eben gebildete Einheitsfront wieder zu zerstören und damit einen Kampf von vornherein unmöglich zu machen.

Es ist bezeichnend, daß das Antwortschreiben des DGB einen ähnlichen Inhalt haben soll. Die JdA-Bonzen bezeichnen es als „unrichtig“ außerhalb des Verbundes zu leben. Ihre engste Zusammenarbeit mit der unter dem Einfluß der Nazis stehenden Leitung des DGB und mit den Unternehmern dagegen „richtig“.

Zwang-Arbeitsdienst behördlich verfügt

Meldung zum Arbeitsdienst wird mit der Drohung des Unterhaltungsentzuges erzwungen

Immer wieder wird die Behauptung aufgestellt, daß der heimische Arbeitsdienst „freiwillig“ sei und die Jungarbeiter aus lauter „Begeisterung“ sich dazu drängeln, in die Arbeitsdienstlager aufgenommen zu werden. Wie es in Wirklichkeit aussieht, beweist folgendes Dokument:

„Düsseldorf, den 1. Dezember 1932.
Das Arbeitsamt Ramersdorf, der Bezirksverband der Angestellten haben mitgeteilt, daß noch eine Reihe geschlossener Lager mit Arbeitsfreiwilligen belegt werden könnten.“

Sie werden auf Beratung des Bezirksverbandes hiermit aufgefordert, sich sofort beim Arbeitsamt zu melden. Pausig zum freiwilligen Arbeitsdienst zu melden.

Es wird darauf hingewiesen, daß die jungen Leute neben quälender Verpflegung und Kleidung ein Taschengeld von 30 bis 50 Pfennig für den Arbeitstag erhalten.

Bei Ablehnung der Meldung zum freiwilligen Arbeitsdienst ohne eingangsgebrachte Strafe würde sich der Bezirksverband weitere Maßnahmen vorbehalten.

Der Inhaber dieses Briefes ist beim Arbeitsamt ausfüllen zu lassen und bei der nächsten Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützung wieder vorzulegen.

Der Gemeinderat, ges. Kretschel, Bürgermeister.

Name: _____
1. Wenn ich Meldung beim Arbeitsamt _____ vom Arbeitsamt
Pausig zum freiwilligen Arbeitsdienst
erfolgt?

Orts-Nr. _____

Lehren der letzten Streikkämpfe

Über diese Thematik spricht am Mittwoch, den 14. 12. 20 Uhr, im Restaurant Wellonne, Wallstraße, Genoss Paul Graetz in einer großen

Funktionärskonferenz

für alle Betriebs-, Gewerkschafts- und Parteiarbeiter.

So wird ausführlich Stellung genommen zu den Streiks und Verfahrens aus dem DGB-Streik in Berlin, dem Eisenacher Streik, dem Streik bei Hugo & Co. und anderen.

Auf Grund der außerordentlichen Wichtigkeit der Tagesschau erwarten wir, daß alle Funktionäre der Partei, insbesondere die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeiter, vollständig erscheinen. Parteibuch gilt als Ausweis.

ebenso auch die Befreiungen zum Ruhen der Ausbeuter einen Ruh in die Angestelltenstadt zu treiben.

Daraus können die Angestellten erkennen, daß ihre Hoffnungen auf die Unterstützung ihres Kampfes durch die Gewerkschaftsführer, die in ihrer Entschließung an die Verbündete zum Ausdruck kommen, vergeblich sind. Sie müssen sich auf ihre eigene Kraft verlassen. Die im Betrieb begonnene Einheitsaktion muß auch gegen den Willen der Verbandsbürokraten mit aller Energie fortgesetzt werden.

Aur durch den einheitlich geführten Streik können die brutalen Unternehmerhöfe zurückgeworfen werden. Aus diesem Grunde ist die Wahl einer Kampfleitung auf der Grundlage der Einheitsfront besonders notwendig.

Alein die AGO zeigt den Weg, der zum Erfolg führt. Sie sagt nicht: „Erik müßt ihr das Mitgliedsbuch in der Tasche haben, ehe wir mit euch gemeinsam vorgehen.“ Gerade das Gegenteil ist richtig. Im Kampf gegen die Unternehmerangriffe müssen sich alle Angestellten und Arbeiter geschlossen finden, ganz gleich welchem Verband sie angehören und ob sie organisiert oder unorganisiert sind. Deshalb Kollegen von Siemens-Glas, lasst euch nicht von dem begonnenen Weg zur Herstellung der kämpfenden Einheitsfront abbringen und organisieren den Streik gegen jeden Verlust der Arbeits- und Gehaltsbedingungen zu verschließen.

Zwang-Arbeitsdienst behördlich verfügt

Meldung zum Arbeitsdienst wird mit der Drohung des Unterhaltungsentzuges erzwungen

2. Erfolgt Einberufung beim freien Arbeitsdienst?

wenn ja, zu welcher Zeit?

wenn nein, warum nicht?

3. Warum wird die Meldung beim Arbeitsamt zum freiem Arbeitsdienst abgelehnt?

durch den Mobiliertarifverband zu beanstanden.“

Man muß sich einmal in die Lage eines Jungarbeiters versetzen, der eine lokale Aufforderung erhält. Will er nicht paß und par verhungern, so muß er sich zum Arbeitsdienst melden. Damit ist auch selbst der Teilnehmer der sogenannten „Freiwilligkeit“ des Arbeitsdienstes beteiligt. Bei der Gründung des Verbandes werden die Jungarbeiter in die Arbeitsdienstlager gezwungen.

Die schmutzige Arbeiterschäfe muß den härtesten Kampf gegen die heute schon eingeschürzte Arbeitsdienstpflicht aufnehmen. Besonders alle Jungarbeiter und Arbeiterväter müssen sich um den KJED ärgern, der einzige Organisation der proletarischen Jugend, die den Arbeitsdienst aktiv bekämpft. Innerhalb und außerhalb der Arbeitsdienstlager gilt es die rude Einheitsfront aller ausgebeuteten Jugendlicher und der Gefanginarbeiterhaft bezujstellen.

Erfolgreiche Streiks

Bei den Riesiger Deutschen Werken legten die Mitarbeiter der Abteilung Schloßerei, Justizbetrieb, die Arbeit nicht ab. Sie forderten die Aufstellung eines von der Direktion in den Betrieb geholmungenen Stahlhelm-Streikbretchers. Soher muss andere Arbeit entlassen werden, um die vielen Streikbretcher Platz zu schaffen. Nach langem Streit verstand die Direktion mit der Stahlhelm-Streikbretcher entlassen wird.

Ber einige Tagen hin in Gladbach (Solingen) die Bauarbeiter der Baufirmen in Gladbach von 35 bis 40 Mann in den Streik getreten. Die Unternehmer boten die Löhne um 18 bis 20 Prozent gestoppt. Die Streikenden appellieren an die Soldaten aller Bauarbeiter, Zugang nach Gladbach zu verhindern.

Brutalster Lohnraub für die Arbeiter – 6 Prozent Dividende für die Aktionäre

Die Leipzig Wollfirmen AG, Leipzig, hat jetzt einen neuen Geschäftsbuchstanz. Dazu dienen werden 6 Prozent Dividende verteilt.

Die Aussicht einer so hohen Dividende an die ihm zugehörigen Aktionäre ist nur möglich, weil die Direktion mit Unterstellung der logistisch demokratischen Gewerkschaftsführer und der ihnen ergebenen Betriebsräte wiederholt einen harten Lohnabbau durchgeführt hat. So werden jetzt wahre Hungerlöhne gepahlt. Vor der Arbeiterschaft steht die Aufgabe, sich mit Einheitsfront des Kampfes zusammenzuschließen und Fortsetzen in der Richtung der Zurückeroberung des geraubten Lohnanteils durchzuführen.

Raubbereitschaft verbündet Raubraub

Im Textilbetrieb der Firma Walbus, Friedrichthal bei Dieringhausen (Westfalen), war in den letzten Tagen ein neues Lohnabbandlitat ausgesprochen worden. Gegen einmal vor einigen Monaten hatte die Belegschaft ein Lohnabbandlitat gegen größten Teil abgesegnet. Nach jetzt mobilitierte die Belegschaft zum Kampf gegen den neuen Lohnraub und angefahnte der Streikbereitschaft der Arbeiter, daß die Firma gewinne, ihre Lohnabbandlungen in solchen Umfang zu verhindern, außerdem gab sie die Willkür ab, daß feindliche Einflussungen vorgenommen würden. Somit wurde erreicht, daß ein am 1. Dezember vorgenommenes Lohnabbandlitat bestreikt wird, und daß diese Herausgebung schon ab 1. November stattfindet.

Auf Grund dieses neuen Erfolges geleistete die Arbeiter, auch jeden neuen Lohnabbandlitat im Kampf zu bekämpfen.

Zum Streik der Wohlfahrtsarbeiter

Die Arbeitsbedingungen der Pflichtarbeiter

4. Pf. Stundenlohn und feinerlei Rechte. Erfolgt Fortsetzung der Arbeiten zu tariflichen Bedingungen

Der Streik der Dresdner Pflichtarbeiter bewirkt schon nach wenigen Stunden, daß das Kuriosum nachgibt und bei den Verhandlungen eingehen, daß die Wohlfahrtsarbeit eingekämpft. Von 66 Angestellten, von der geläufigen Belegschaft der Hauptverwaltung in Dresden, von Mitgliedern des Zentralverbandes der Angestellten, des Deutschen Handlungsgeschäftsvorbandes, des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, des Verbands der meistlichen Handels- und Büroangestellten und der unorganisierten Kollegen, wurde eine Kampfversammlung unterföhrt, die gegen die Einschränkung der vierzig-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich richtet und in der sich alle Angestellten verpflichten, jede Regelung, die die Angestellten neu belastet, mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Die Erklärung gilt jetzt selbstverständlich auch gegen über dem Verlust der Beschlechterung aller tariflichen Bestimmungen.

Die Angestelltenverbände schließen von der Kampfversammlung eine Absicht, mit der Aufrufung, sich auf den Boden dieser Erklärung zu stellen, den Kampf zu organisieren und sich zu diesem Zweck sofort mit der gesamten organisierten und unorganisierten

Angestelltenfront in Verbindung zu setzen. Durch einen Auffall erhielten wir Kenntnis von dem Inhalt des Antwortschreibens des JdA. Darauf wird gezeigt, daß auch „Ihre Meinung nach eine Rützung der Tarifgehalter nicht in Frage läge“. Das ist alles. Dafür werden die JdA-Mitglieder geschafft, weil sie mit Unorganisierten zusammen eine Kampfversammlung unterföhrt haben, an denen doch Hopfen und Malz vertreten sei. Wörtlich steht es dann weiter:

„Die Unorganisierten in den Betrieben bedienen eine große Sache in der gegenwärtigen Zeit. Nach Süßmair sind natürlich die Unorganisierten außerhalb der Betriebe, die mahl- und planen sich um jeden Arbeitstag bemühen und bestreben sind, zu jeder Bedingung zu arbeiten. Gerade diese Gefahr müssen unsere Kollegen im Betriebe erkennen und darauf hinweisen, daß es unrichtig (1) in der heutigen Zeit ist, wenn man sich noch außerhalb der Gewerkschaft befindet.“

Die Erklärung ist unrichtig, weil sie mit dem JdA-Mitgliedern nicht einverstanden ist.

